

Gesundheit oder Arbeitsplätze

von

Heiner Flassbeck

FR, 8.3.2006

Die deutschen Ärzte können einem Leid tun. Nicht nur, dass sie für eine vernünftige Bezahlung ihrer Arbeit wochenlang streiken müssen, nein, sie werden auch noch von den deutschen Medien und den verantwortlichen Politikern mit einer Ökonomiesauce überzogen, die auch dem klarsichtigsten Chirurgen oder Augenarzt die Sicht auf die ihn selbst betreffenden Probleme raubt.

Das geht zum Beispiel so, dass ein Nachrichtenmoderator ganz beiläufig sagt, die Lohnnebenkosten dürften nicht weiter steigen „wegen der Arbeitsplätze“. Keine Talkshow, wo nicht ein „Gesundheitsexperte“ unter heftigem Nicken aller Anwesenden doziert, dass jede Kostensteigerung bei Gesundheit und Sozialem unmittelbar Arbeitsplätze kostet, weil die Lohnzusatzkosten, was noch etwas mächtiger klingt als Lohnnebenkosten, ohnehin schon zu hoch sind.

So einfach ist das also in der deutschen Talkshowlogik: Der Streik der deutschen Mediziner für höhere Gehälter wird entweder ihre eigenen Arbeitsplätze zu vernichten, weil nicht mehr Geld da ist, oder aber viele andere Arbeitsplätze, weil die Ausgaben für die Gesundheit steigen, wenn man dem Drängen der Mediziner nachgibt. Da mag es selbst manch einem der betroffenen Ärzte mulmig werden, und er wird sich überlegen, ob es nicht doch besser wäre, weiterhin 72 Stunden Dienst zu machen, statt Arbeitsplätze wegzustreichen. Welch abstruser Logik er dabei aufsitzt, kann er ja nicht wissen, weil ökonomische Irrlehren noch nicht zum Curriculum der Medizin gehören.

Warum sollte eigentlich die Mehrheit der Menschen in Deutschland, die schließlich fast alle Patienten sind, nicht sagen können, jawohl, ich finde die Forderung der Ärzte richtig, weil ich nach einem Unfall oder bei schwerer Krankheit nicht von einem total übermüdeten Krankenhausarzt behandelt werden möchte? Ich bin folglich bereit, mehr von meinem Einkommen für die Gesundheit auszugeben, werde also auf anderes verzichten. Ich telefoniere in Zukunft für 50 Euro weniger im Jahr und frage damit eine qualitativ bessere medizinische Dienstleistung nach, ich bin also einverstanden, wenn meine Krankenkassenbeiträge entsprechend steigen.

Auf der einen Seite könnte man dann mehr Ärzte in den Krankenhäusern einstellen, auf der anderen würden die Gewinne der Telefonfirmen sinken und die würden womöglich einige Arbeitsplätze abbauen. Per saldo wäre auf keinen Fall mit einem Verlust von Arbeitsplätzen zu rechnen. Es macht auch gar keinen Sinn über den Saldo zu philosophieren; genauso wenig, wie wir darüber philosophieren, ob bei einem Verzicht der Konsumenten auf Küchenmaschinen zugunsten von Digitalkameras Arbeitsplätze verloren gehen. Wenn der souveräne Konsument entscheidet, dieses und nicht jenes haben zu wollen, käme kein Mensch auf die Idee, zu sagen, das darfst du nicht, weil du in dem negativ betroffenen Bereich Arbeitsplätze gefährdest. Nur bei der Gesundheit wird der Konsument in unerträglicher Weise bevormundet.

Aber die Arbeitgeberbeiträge, wirft an dieser Stelle der gut ausgebildete Ökonom ein, die steigen doch auch und das vernichtet direkt Arbeitsplätze. Auch das ist Unsinn, weil es nicht darauf ankommt, ob die Beiträge der Arbeitgeber absolut steigen, sondern höchstens darauf, dass die normalen Lohnerhöhungen und die Erhöhung der Lohnnebenkosten zusammen die Zunahme der Produktivität nicht übersteigen. In den letzten zehn Jahren war es umgekehrt. Da sind Löhne und Lohnnebenkosten, die gesamten Arbeitskosten also, praktisch gar nicht gestiegen, während die Produktivität deutlich zugelegt hat. Da das nicht die erwarteten Massen von Arbeitsplätzen gebracht hat, kann der Normalisierung des Verhältnisses von Arbeitskosten und Produktivität ganz entspannt entgegensehen.

Im Übrigen, wenn man den Arbeitnehmern die Arbeitgeberbeiträge vollständig als Lohn auszahlt, hätte man das vermeintliche Problem der Lohnnebenkosten gelöst und jeder könnte selbst entscheiden, wie viel er für Gesundheit und für andere Dinge ausgeben will. Abgesehen davon, dass dazu einige technische Probleme wie die Besteuerung dieser Beiträge zu lösen wäre, zeigt doch dieser für die Gesellschaft insgesamt belastungsneutrale Transfer, dass die politische Fixierung auf die Lohnnebenkostengrenze von 20 % durch nichts zu rechtfertigen ist.